

Roger Stieger

Motion: Bezahlkarte für Asylbewerber

Sehr geehrter Herr Präsident, Regierung...
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Danke dem Regierungsrat für diese vertiefte Abklärung inkl. diesem Pilotversuch.

Vorweg: Die Mitte/EVP ist mit fast Einstimmigkeit für die erhebliche Erklärung dieser Motion.

Wir sprechen heute über die Frage einer neuen Gesetzgebung „Einführung einer Bezahlkarte“ im Kanton, eine Frage, die nicht nur verwaltungstechnisch ist, sondern eine grundsätzliche rechtliche und gesellschaftspolitische Dimension hat.

Für anerkannte Flüchtlinge, vorläufig aufgenommene Flüchtlinge sowie Schutzbedürftige mit Aufenthaltsbewilligung gilt nach Bundesrecht das Prinzip der Gleichbehandlung mit der ansässigen Bevölkerung. Dieses Gleichbehandlungsgebot ist verankert und bedeutet, dass diese Personen im Bereich der Sozialhilfe grundsätzlich denselben Anspruch haben wie einheimische Sozialhilfebeziehende. >> **Eine gewisse Selbstbestimmung über den erhaltenen**

Unterstützungsbeitrag.

Gleichbehandlung bedeutet auch, dass keine Sonderregelungen geschaffen werden dürfen, die allein aufgrund des ausländerrechtlichen Status gelten. **Eine Bezahlkarte, die spezifisch für ALLE Personengruppen eingeführt würde, würde genau ein solches Sonderregime darstellen.**

Sehr geehrte Anwesende, diese „Bezahlkarte“ dient der umfassenden finanziellen Abwicklung von Sozialleistungen im Asylwesen. **Es ist enttäuschend, dass sie nicht dazu beiträgt, das grundlegende Motion-Ziel zu erreichen, den Finanzfluss in die Herkunftsländer möglichst ganz für ALLE und immer zu stoppen.**

Laut gedacht: Ich habe die Befürchtung, dass wir mit unseren guten sozialverträglichen Absichten, uns selbst auf dem Schlauch stehen! Bei einer Aufenthaltsbewilligung ohne diese Bezahlkarte, gem. dem Gleichstellungsgesetz, **kann/wird/werden...** weiterhin Familien und Schlepperorganisationen bezahlt werden. Diese Tatsache können wir hier mit dieser Motion nicht verhindern nur etwas einschränken mit **einer „Teileinsetzung“** dieser Bezahlkarte.

Persönlich stossend finde ich hier einmal mehr, wie eine Bank, eine ausländische Bank, hier hohe Gebühren kassiert. Hier dürfte eine Lösung mit unserer Hausbank (TKB) naheliegender sein?

Wir begrüßen ausdrücklich, dass diese **Motion als erheblich eingestuft** wird und dass zumindest ein Teil des Finanzabflusses eingeschränkt werden kann. Bei der Ausarbeitung der Gesetzgebung bitten wir darum, dass das **„grösste Mögliche“**, oder das **„grösste Einsetzen dieser Bezahlkarte“** angestrebt wird.

Danke